



1 DIE ENTWICKLUNG DER STUDENTENBEWEGUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

1.1 Der weltweite Jugendprotest der sechziger Jahre

Auf die Phase der politischen Stabilität, Ruhe und Ordnung sowie des Wirtschaftswunders unter Konrad Adenauer, die als neobiedermeierliches Zeitalter benannt wurde, folgte ein Zeitabschnitt der inneren Unruhe und der jugendlichen Protestbewegung in den sechziger Jahren. Die jugendliche Revolte fand nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland statt, sondern verbreitete sich schnell über alle Kontinente, in Amerika, Japan, Korea, China und in vielen westeuropäischen Staaten. Sie brach in zahlreichen Ländern mit verschiedenen sozialen und politischen Strukturen auf. Trotz verschiedener Ursachen ließen sich die gemeinsamen Inhalte der Studentenbewegung erkennen. Sie waren "antiautoritär, antikapitalistisch, antiimperialistisch und kulturrevolutionär".¹

Der weltweite Jugendprotest war teilweise gebunden an Geschehnisse und Resultate des zweiten Weltkrieges. Der Baby-Boom hatte eine Überfüllung der Universitäten in den sechziger Jahren zur Folge. Der sich verschärfende Ost-West-Konflikt bewirkte eine verstärkte Atomrüstung in der westlichen Welt und eine weitere Potenzierung des Vernichtungsmaterials. Das Kolonialsystem löste sich auf. Der technologische Fortschritt brachte allen Komfort in Form der materiellen Entwicklung.

¹Peter Mosler, Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte-zehn Jahre danach (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag, 1977), S. 236

Das geistige und moralische Niveau der Gesellschaft war aber unterentwickelt. Die Forderung nach Gesellschafts- und Hochschulreform, die Bewußtmachung der Probleme der "Dritten Welt", die Kampagne gegen den Vietnamkrieg, die Ostermarschbewegung gegen atomare Bewaffnung sowie die Radikalisierung vereinzelter Gruppen hin zum Terrorismus waren kennzeichnend für die Protestbewegung in der westlichen Welt. Parallel zum moralischen Protest gegen den Vietnamkrieg wurden in manchen kapitalistischen Ländern, namentlich in der BRD und in Frankreich, die Bildungspolitik, die Probleme der Forschungsaufgaben und Hochschulstruktur sowie das Verhältnis von Hochschule und Gesellschaft stark kritisiert. In Universitäten suchten die Jugendlichen die bürgerlichen Ideale von "Freiheit, Aufklärung und Brüderlichkeit".¹ Was sie erlebten, waren die Einschränkung der demokratischen Rechte, die Autorität und den Mangel an Gesellschaftsbewußtsein der Professoren sowie das Schweigen zu den Problemen der "Dritten Welt". Die politisch bewußte Jugend sah, daß die Professoren versuchten, die Widersprüche des Systems zu decken und die bestehende Herrschaftsordnung aufrechtzuerhalten. Sie verband dann ihre erlebte Repression im universitären Bereich mit der Krise des gesamten kapitalistischen Systems.

Mitte der sechziger Jahre verhielt sich die Jugend in deutlichem Unterschied zu der Elterngeneration nicht mehr primär "konformistisch,

¹Ebenda, S. 234

apolitisch, vergnügungs- und karrierorientiert".¹ Sie überließ die Politik nicht mehr den Berufspolitikern und war bereit, daran teilzunehmen. Der Aufstieg im Privat- und Berufsleben galt nicht mehr als höchste Würde. Die Wertvorstellungen der Elterngeneration, die durch Hunger, Elend und Not in der Nazizeit und nach dem Weltkrieg bestimmt wurden, waren vor allem auf materielle Bedürfnisbefriedigung gerichtet, stützten sich auf wirtschaftlichen Wohlstand, politische Stabilität sowie Ruhe und Ordnung. Sie kümmerte sich nur um ihre Fortkommen und die Sicherung materieller Bedürfnisse. Für die Jugend, die das dritte Reich nicht erlebt hatte und das physische Elend nicht kannte, hatten aber eher "postmateriale" Werte Bedeutung.² Das sind Bedürfnisse sozialer und individueller Selbstverwirklichung. Zu ihnen gehörten Meinungsfreiheit, Solidarität, Teilnahme am politischen Geschehen, geistige und moralische Neigungen sowie schöpferische Tätigkeit. Die Jugend lehnte sich gegen die Wohlstandsgesellschaft auf, die sie als Vergeudungs- und Konsumgesellschaft bezeichnete. Denn diese Gesellschaftsform orientierte sich nach dem Herrschafts- und Profitmotiv. Unkontrollierte Konsumtion, Reklame, unnütze Verwaltung und Bürokratie, Kriege führten zu einer totalen Ablehnung des kapitalistischen Systems und der herrschenden Ordnung. Frühe Symptome der jugendlichen Unruhe waren die erheblichen Selbstmordzahlen, Alkoholismus und Drogensucht. Die Jugend der "Skeptischen

¹Uta Stolle, "Die Ursachen der Studentenbewegung im Urteil bürgerlicher Öffentlichkeit", in: Das Argument (August, 1970), S. 375

²Vgl. Martin und Sylvia Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands (Frankfurt: Fischer Verlag, 1981) S. 237-238

Generation" bejahte nicht mehr die Wertfixierung der Gesellschaft. Sie wollte eine Umwertung aller Werte, also die große Weigerung Herbert Marcuses¹ - Hippiebewegung, langhaarige Beatniks, drop-outs, run-away-kids. Sie floh aus der Gesellschaft und begründete ein anderes Leben, in einer Gegenkultur mit Anti-Literatur, Anti-Wissenschaft, Anti-Familien und Anti-Institutionen. Sie suchte eine neue Lebensform zugunsten unmittelbarer Befriedigung und solidarischer Gruppenerfahrung.² Von großer Bedeutung war der Einfluß der internationalen Popsänger wie Janis Joplin, Joan Baez, Bob Dylan, und der Rockgruppen wie The Doors, The Beatles und The Rolling Stones. Es war die explosive Pop- und Rock-Musik, die den Geist der Jugendrebellion weckte. Ihre Lieder spiegelten die psychische Lage der Jugendlichen, die Einsamkeit, die Verlassenheit, die Unzufriedenheit mit dem Alltag, die Tendenz zur Gewaltanwendung und den Wunsch nach radikaler gesellschaftlicher Umwälzung.³ Inzwischen waren sozialistische Schriften der Existentialisten Sartre und Camus sowie die revolutionäre Theorie von Marx, Engels, Lenin und Mao Tse-tung

¹ Herbert Marcuse, einer der geistigen Väter der antiautoritären Bewegung. Sein Essay "Repressive Toleranz" (1965) ist weltberühmt. Der darin enthaltene Satz, daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein "Naturrecht auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben", hatte einen großen Einfluß auf das Selbstverständnis der Studentenbewegung.

² sh. Jürgen Habermas, "Protestbewegung", in: Hermann Glaser (Hrsg.) Bundesrepublikanisches Lesebuch. Drei Jahrzehnte geistiger Auseinandersetzung (Frankfurt: Fischer Verlag, 1980), S. 626-627

³ Vgl. Peter Mosler, Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte - zehn Jahre danach, a.a.O. S. 99-100

überall bekannt und in allen Köpfen der politisch bewußten Jugend. In Amerika waren es die Beseitigung der Freistellung von der Wehrpflicht, die Erschießung der Studenten an der Kent State University, der Mord an Martin Luther King, die die Studenten zu Radikalen machten. In Japan richtete sich der Studentenverband Zengakuren gegen die Politik der Westintegration. Das Hauptangriffsziel der weltweiten Studentenrebellion in den sechziger Jahren war der Vietnamkrieg. Die Jugendlichen betrachteten den "Völkermord" in Vietnam als "Inhumanität" und formierten sich zu einer internationalen Protestbewegung. Der Kampf gegen den Vietnamkrieg war ihnen eine Befreiung von einer moralischen Last.¹ Ende April 1968 beteiligten sich hunderttausende demonstrierende Studenten in zahlreichen Ländern an dem Welttag gegen den Vietnamkrieg. Einen Monat später kam es zur Mai-Revolte. 50,000 Pariser Studenten lieferten der Polizei tageslang Straßenschlachten. Zehn Millionen Franzosen streikten. So entstand das Bewußtsein der internationalen Gemeinsamkeit der Studentenrevolte.

ศูนย์วิทยทรัพยากร
จุฬาลงกรณ์มหาวิทยาลัย

¹Vgl. Ebenda, S. 234

1.2 Die deutsche Studentenbewegung in den Krisenjahren 1966-1968

In der Bundesrepublik Deutschland wuchs eine neue Generation in den Staat hinein und spielte eine bedeutende Rolle in der deutschen Politik. Neue Fragen und Probleme, die in der Zeit der fast zwanzig-jährigen Konfliktlosigkeit und des atemlosen Wiederaufbaus nicht diskutiert wurden, drängten jetzt in den Vordergrund, nämlich die NS-Vergangenheit, das Verbot der Nazis und Kommunisten, Hochschulreform, Notstandsgesetze und Vietnamkrieg. Besonders das politisch-historische Problem des Nationalsozialismus, das in der Adenauer-Ära nie öffentlich verarbeitet wurde, führte zu einem Schwund des Vertrauens in die Väter.¹ Die junge Generation begann jetzt, ihre Eltern zu fragen: "Wie war das damals? Wo wart ihr damals?" ... Persönlichkeiten der Nazizeit saßen auch jetzt wieder in wichtigen Positionen, trotz "Entnazifizierung". Die Jungakademiker wollten Konflikte austragen und an jeder Diskussion des Status quo beteiligt sein. Sie waren nicht mehr "obrigkeitgläubig" wie ihre Eltern und fingen an, die vorhandenen Autoritäten in Frage zu stellen. Während Adenauer mehrere Wahlen mit den Slogans "Keine Experimente", "Sicherheit" und "Stabilität" gewonnen hatte, verlangten jetzt die Studenten nach einem Umbau, einer Änderung. Am deutlichsten waren es die Professoren in einer absolutistischen Hochschulstruktur, die als autoritäre Vertreter des sogenannten Establishments angegriffen

¹Die Vergangenheit des Nationalsozialismus und die autoritären Väter waren wichtige Motive für Bernhard Vesper. In seinem Romanessay "Die Reise" hat er seinen eigenen Vater stark angegriffen und die Autorität der Elterngeneration mit dem Hitlerismus verbunden.

wurden. Sie waren mächtig, privilegiert und übten einen großen Einfluß auf das Leben und Arbeiten der Studenten aus. Überfüllte Hörsäle, Bibliotheken und Seminare, verlängerte Studienzeiten, Privilegien der Professoren und mangelnder Kontakt zu ihnen sowie veraltete Vorlesungen und Prüfungen führten zu einer großen Demonstration im Juli 1965.¹ Die Forderungen nach Mitbestimmung und Meinungsfreiheit weiteten sich dann über den Rahmen der Universität zu einer allgemeinen Forderung nach demokratischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen aus.

Schon mitte der sechziger Jahre unterschied sich das politische Bewußtsein der Studenten deutlich von dem der Elterngeneration. Die meisten Studenten waren "demokratischer, d.h. partizipations- und konfliktorientierter" eingestellt.² Das Interesse an Politik und die Bereitschaft zur politischen Beteiligung war hoch. Statt die Konflikte zu unterdrücken, wollten sie sich mit ihnen auseinandersetzen. In vielen Universitätsstädten wurde der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) von politisch engagierten Studenten gegründet, die sich für Marxismus, Psychoanalyse und kritische Theorie interessierten. Am Anfang war die Mitgliederzahl nur gering. Später begünstigten politische Änderungen und bestimmte gesellschaftliche Ereignisse im Zeitraum 1966-1968 die Entwicklung des SDS; nämlich große Koalition,³ 2. Juni 1967,⁴

¹ sh. "Haß in der Mitte", in: Der Spiegel Nr. 26 (19 Juni 1967), S. 25

² Martin und Sylvia Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands, a.a.O. S. 139

³ Vgl. Kapitel 1.2.1, S. 8-9

⁴ Vgl. Kapitel 1.2.2, S. 10-12

Anti-Springer-Kampagne,¹ Vietnamkrieg² und Notstandsgesetze.³ Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die antiautoritäre Bewegung herausgebildet und die Führungsrolle, theoretisch wie praktisch, in dieser Bewegung fiel einer einzigen progressiven Organisation - dem SDS - zu. Die Zeitspanne 1966-1968 war gekennzeichnet durch das Anwachsen politischer Kämpfe der fortschrittlichen Studenten, die quantitative Beteiligung und die Radikalisierung der Kampfmittel. Überall entfalteten sich politische Aktivitäten und Aktionen. Politisch orientierte sich die Studentebewegung nach links. Die Rolle des SDS als Vertreter der gesamten Studentenschaft wurde dann mehr und mehr anerkannt. Die Studenten begannen nach dem 2. Juni 1967 den Kampfmethoden des SDS zuzustimmen. Sie radikalisierten sich, vom Teach-in zur Demonstration, vom Sit-in zur Aktion, von der Kritik der Wissenschaft zur Universitätsbesetzung, von Tomaten und Eiern zu Steinwürfen und Molotow-Cocktails. Die Parolen "Macht kaputt was euch kaputtmacht", "Schafft alles ab", "Gewalt gegen Sachen" und "Trau keinem über dreißig" charakterisierten die zunehmende Aggressivität und Radikalisierung der studentischen Jugend sowie das Mißtrauen gegen die Ideologie der Elterngeneration.

1.2.1 Große Koalition: Lieber tot, als schwarz und rot!

Die SPD war den Studenten eine Partei der Arbeiterklasse und eine fortschrittliche sozialistische Organisation. Nach der Bildung der

¹Vgl. Kapitel 1.2.3, S. 12-16

²Vgl. Kapitel 1.2.4, S. 17-18

³Vgl. Kapitel 1.2.5, S. 18-20

großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD am 1. Dezember 1966 stürzten ihre Illusionen zusammen. Alle Hoffnungen und Erwartungen, die sie in die SPD gesetzt hatten, waren verschwunden. Es war Enttäuschung über die Sozialdemokratie, die ihren Standpunkt verließ und an der Regierung der "Unternehmer" teilnahm.¹ Schon anfang der sechziger Jahre fing die SPD an, ihr Programm zu revidieren und sich von einer Arbeiterpartei zur Volkspartei zu entwickeln. Sie war bemüht, Stimmen aus allen Schichten der Bevölkerung zu gewinnen und dadurch "regierungsfähig" zu werden. Aus diesem Grunde waren die Studenten davon überzeugt, daß die "Große Koalition" auch von der SPD mitvorbereitet wurde. In mehreren Großstädten demonstrierten SPD-Mitglieder, Gewerkschafter und Studenten gegen die Beteiligung der SPD an der Koalition. Rudi Dutschke, der SDS Führer, forderte die Demonstranten zur Bildung einer "außerparlamentarischen Opposition" auf. Für die außerparlamentarische Opposition und mit ihr die Studentenbewegung war die große Koalition ein Beweis für den Funktionsverlust des bürgerlichen Parlaments, das nicht mehr die Wünsche, Interessen und Bedürfnisse des Volkes repräsentierte. Die Teilnahme der SPD an der Koalition führte zu einer Sorge um künftige Verschärfung der Entdemokratisierungstendenzen in der BRD, nämlich die Verabschiedung der Notstandsgesetze.² Das Vertrauen in die SPD war gebrochen. Viele Studenten und Intellektuelle wähten sich nun in einer Oppositionsrolle.

¹sh. Der Spiegel Nr. 26 (19 Juni 1967), S. 26

²Vgl. Gerhard Bauß, Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin (Köln: Pahl-Rugenstein, 1977), S. 39-40

1.2.2 Der 2. Juni 1967: Notstandsübung!

Die Anti-Schah-Demonstration vor der Berliner Oper am 2. Juni 1967 war der Wendepunkt vieler Intellektuellen. An diesem Abend wurde der Germanistik-Student Benno Ohnesorg von hinten von Polizeiobermeister Karl-Heinz Kurras durch einen Kopfschuß getötet.¹ Er war Opfer einer in Westberlin beispiellosen polizeilichen Brutalität gegen demonstrierende Studenten. Die Todesnachricht hatte bei breiten Kreisen der Studentenschaft in ganz Deutschland helle Empörung und Erregung hervorgerufen. Rund 100,000 Studenten protestierten in der Woche vom 2. bis 9. Juni 1967 gegen deutsche Polizei und deutsche Obrigkeit. Überall wurden Solidaritäts-Resolutionen verfaßt und Trauerkundgebungen veranstaltet. In zahlreichen Universitätsstädten fanden Protestversammlungen gegen das brutale Vorgehen der Polizei statt. Die polizeiliche Gewaltanwendung begünstigte die Entwicklung der Studentenbewegung. Sie führte zu einer Verstärkung des politischen Engagements.

..... und was kein Erziehungsprogramm und keine Propaganda mit ihre Aufrufen zu staatsbürgerlichem Bewußtsein erreicht hat, das hat jener Tag des Schahs erreicht: Sie empfinden jetzt politisch.²

Die Studenten, die auf der Straße gegen den Schah-Besuch demonstrierten, waren mehrheitlich Liberale. Nach der Erschießung des Studenten Ohnesorg orientierte sich die ganze Studentenbewegung politisch noch weiter nach links. Besonders in Berlin bemerkten die demonstrierenden Studenten an sich eine ganz andere bewußtseinsverändernde

¹ sh. "Knüppel frei", in: Der Spiegel Nr. 25 (12 Juni 1967), S. 41-46

² Peter Wapnewski, "Keine Messerstecher", in: Die Zeit Nr. 24 (16 Juni 1967)

Wirkung von Schlägen: "Ein Schlag mit dem Polizeiknüppel ist erhellender als hundert Bücher!"¹ Bei den Studenten vermischte sich das Gefühl der Gemeinsamkeit und Zusammenhalts mit Wut und Angst.²

Außerdem waren die Studenten über das Verhalten der politischen Repräsentanten Westberlins empört. Nach der "Knüppel Oper" der Berliner Polizei machte sich Heinrich Albertz, der Regierende Bürgermeister, zum Richter und sprach

Die Geduld der Stadt ist am Ende. Einige Dutzend Demonstranten unter ihnen auch Studenten, haben sich das traurige Verdienst erworben, nicht nur ein Gast der Bundesrepublik Deutschland in der deutschen Hauptstadt beschimpft und beleidigt zu haben, sondern auf ihr Konto gehen auch ein Toter und zahlreiche Verletzte. Ich sage ausdrücklich³ und mit Nachdruck, daß ich das Verhalten der Polizei billige.

Es gab kein Wort des Beileids zum Tod Benno Ohnesorgs.

Demonstrationsverbot und Einrichtung von Schnellgerichten waren die Reaktion des Westberliner Senats. Außerdem fällte das Gericht das Urteil, daß der Polizeibeamte Kurras aus Notwehr geschossen hatte. Dies rührte in Westberlin und in der Bundesrepublik Emotionen auf. Die Studenten fühlten sich bedroht und betrachteten den Tod Benno Ohnesorgs als "bewußte Notstandsübung".

¹Dieter E. Zimmer, "Sie protestierten nur zwei Sommer lang.

2. Juni 1967: die Geburtsstunde der APO und der Studentenbewegung (I)", in: Die Zeit Nr. 24 (3 Juni 1977)

²Vgl. Peter Mosler, Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte - zehn Jahre danach, a.a.O. S. 42

³"Doppelte Drohung", in: Der Spiegel Nr. 26 (19 Juni 1967), S. 41

..... so machte gerade das Verhalten der politischen Repräsentanten Westberlins - die zynische Erklärung Albertz, die ausdrückliche Billigung des Vorgehens der Polizei, die Behauptung, die Demonstranten trügen die Schuld am Tode Ohnesorgs und schließlich die Ankündigung noch härterer Maßnahmen - deutlich, daß man die Ereignisse des 2. Juni in den größeren Zusammenhang planmäßigen Vorgehens gegen die Studentische Opposition stellen mußte, um sie richtig zu verstehen.¹

Die Politisierungs- und Solidarisierungswelle erweiterte sich ungeheuer. Der 2. Juni war der erste Höhepunkt der antiautoritären Phase. Auch Hans Magnus Enzensberger, Günter Grass und andere Schriftsteller verurteilten in einer gemeinsamen Erklärung das Vorgehen der Polizei.² Rektoren, Professoren und Assistenten von mehreren Universitäten beteiligten sich an dem Protest gegen den Polizeieinsatz. Das Datum des 2. Juni wurde zu einem historischen Erinnerungstag, denn von nun an begann die militante Phase der Studentenrevolte.

1.2.3 Anti-Springer-Kampagne: Enteignet Springer!

Erst mitte der sechziger Jahre hatten die außerparlamentarische Opposition und mit ihr die Studentenbewegung über die Rolle der Massenmedien und das Problem der Pressekonzentration, insbesondere des Springer-Konzerns diskutiert. Es handelte sich um die Meinungsmanipulation und Massenbewußtseinsbildung durch die Nachrichtenpolitik der Springer-Presse. Im Verlauf der politischen Bewegung 1966-1968 spielte der Springer-Konzern die Rolle des Gegners aller fortschrittlichen Studenten sowie ihrer Organisationen. Die Springer-Presse, die den Zeitungsmarkt

¹ Gerhard Bauß, Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin, a.a.O.S. 56-57

² "Wer erschöß Benno Ohnesorg?" Sonderausdruck aus: Abendzeitung (7 Juni 1967)



beherrschte und damit großen Einfluß besaß, hatte schon lange die Ideologie der Sozialpartnerschaft,¹ des Anti-Kommunismus, der klassenneutralen Wohlstandsgesellschaft propagiert. Darüber hinaus war ihr Einfluß im politischen Bereich sichtbar. Die Springer-Presse hatte auch über aktuelle politische Fragen mitentschieden.² Sie bereitete die große Koalition 1966 vor und unterstützte sie ganz offensichtlich. Seither wurde das Thema der politischen Aktivität und Machtausübung des Springer-Konzerns intensiv aufgegriffen.³ Die Springer-Presse wurde zum wirkungsvollen Gegner der Studenten. Als sie gegen den Schah-Besuch am 2. Juni 1967 demonstrierten, wurden sie von der Springer-Presse verteufelt: "Störenfriede ausmerzen" (Morgenpost), "Polit-Gammler und FU-Chinesen" (Bild), "Polizeihebe auf Krawallköpfe, um den möglicherweise doch vorhandenen Grips locher zu machen" (Bild) oder "Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen" (BZ). Die Springer-Presse rief nach immer härteren polizeilichen Maßnahmen gegen die Studenten. Aus diesem Grunde machten die oppositionellen Studenten insbesondere die Westberliner Springer-Presse für den Tod Benno Ohnesorgs mitverantwortlich. Sie forderten die Enteignung Axel Springers. Durch ihre verfälschten Nachrichten

¹Die Ideologie der Sozialpartnerschaft stützt sich auf das Prinzip, daß Deutschland keine Klassengesellschaft ist. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind auf Zusammenarbeit angewiesen. Sie sind Sozialpartner.

²Vgl. Gerhard Bauß, Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin, a.a.O. S. 42

³Das Problem der Bild-Zeitung wurde auch zum literarischen Thema. In der Erzählung "Die verlorene Ehre der Katherina Blum" hat Heinrich Böll die Rolle der Bild-Zeitung stark kritisiert und ihre Machenschaften blaßgelegt.

Über die Unruhe hetzte die Springer-Presse die Bevölkerung systematisch gegen die Studenten auf. Sie erzeugte die radikalisierte politische Temperatur und versuchte, die Studenten von der Gesamtbevölkerung zu trennen. Die tendenziösen Schlagzeilen wie "langbehaarte Affen", "Die Rote Garde", "Schluß mit Terror und Krawall", oder "lebensgefährliche Minderheit" riefen ein Haßgefühl gegen die Studenten hervor.

Im Zeitraum vom Sommer 1967 bis zu den Osterdemonstrationen 1968 entfalteten sich studentische Aktivitäten gegen Springer. Diskussionen über die Springer-Kampagne wurden durchgeführt und Seminare zum Problembereich Springer wurden vielerorts abgehalten. Neben dem SDS nahmen andere Studentenverbände, nämlich SHB,¹ LSD,² HSU,³ DIS,⁴ SJD - Die Falken⁵ und AstA,⁶ an ihnen teil. Außerhalb der Universitäten war der Teilnehmerkreis der Kampagne gegen Springer nicht so breit wie der der gleichzeitigen Opposition gegen die Notstandsgesetze.

Die Kampagne gegen Springer erreichte ihren Höhepunkt am 11. April 1968. An diesem Gründonnerstag wurde der führende Ideologe des SDS, Rudi Dutschke, von einem aufgetrzten Jugendlichen angeschossen. Der West-Berliner SDS machte die Springer-Presse für diesen Mordanschlag

¹ Sozialdemokratischer Hochschulbund

² Liberaler Studentenbund Deutschlands

³ Humanistische Studentenunion

⁴ Deutsch-Israelische Studiengruppe

⁵ Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken

⁶ Allgemeiner Studentenausschuß

mitverantwortlich.

Ungeachtet der Frage, ob Rudi das Opfer einer politischen Verschwörung wurde: Man kann jetzt schon sagen, daß dieses Verbrechen nur die Konsequenz der systematischen Hetze ist, welche Springerkonzern und Senat in zunehmendem Maße gegen die demokratischen Kräfte in dieser Stadt betrieben haben.¹

Auch der SDS in anderen Städten und andere Studentenorganisationen sahen das Dutschke-Attentat als Folge der von der Springer Presse betriebenen Hetzkampagne gegen die Studenten. Auch Professoren und Schriftsteller, darunter Golo Mann, Walter Jens, Eugen Kogon, Heinrich Böll, Theodor W. Adorno und Alexander Mitscherlich verurteilten in einer gemeinsamen Erklärung Springer und seine Zeitungen.

Dieses Klima ist systematisch vorbereitet worden von einer Presse, die sich als Hüterin der Verfassung aufführt und vorgibt, im Namen der Ordnung und der Mehrheit zu sprechen, mit dieser Ordnung aber nichts anderes meint als die Herrschaft über unmündige Massen und den Weg in einen neuen, autoritätsbestimmten Nationalismus. Das Bündnis von bedenkenlosem Konsumjournalismus und wiederauflebender nationalistischer Ideologie, das die demokratisch engagierten Studenten und Intellektuellen seit Jahren als "Linksmob", "Eiterbeule", "akademische Gammeler", "Pöbel", "geistige Halbstarke", "Neurotiker", "Schreier" und "Schwätzer" verunglimpft, droht das Selbstverständnis der Deutschen in einer Welt der friedlichen Verständigung, der fortschreitenden Aufklärung und Zusammenarbeit auch zwischen verschiedenen Gesellschaftssystemen abermals zu zerstören"²

Die Jugend war von dem Mordanschlag auf Dutschke aufgeschreckt. Die Welle der Empörung verbreitete sich schnell. 9 Stunden nach dem Dutschke-Attentat demonstrierten in Westberlin rund 5.000 Studenten, Jungarbeiter und Angestellte vor dem Westberliner Springer Haus und warfen Steine gegen die Scheiben des "Hochhauses der Verhetzung".

¹"Wer hier als Christ gleichgültig bleibt und schweigt, verrät seinen Herrn", in: Der Spiegel Nr. 18 (29 April 1968), S. 32

²"Einseitig, lückenhaft, unsachlich", in: Der Spiegel Nr. 19 (06 Mai 1968), S. 44

Vertriebslastwagen wurden in Brand gesteckt mit dem Versuch, die Auslieferung der Springer Zeitungen zu verhindern. In mehr als 20 Städten, in denen die Bild Zeitung gedruckt oder verlegt wurde, kam es zu blutigen Straßenschlachten. Die schnelle Verbreitung der Unruhen, die massenhafte Beteiligung und die schweren Zusammenstöße mit der Polizei ließen dieses Ereignis fast wie einen Bürgerkrieg erscheinen.¹ Innerhalb der fünf Tage dauernden Straßenschlachten an den Auslieferungstoren der Springer-Druckereien beteiligten sich über 60,000 Menschen an den Blockaden. Ein großer Teil davon waren Lehrlinge und Jungarbeiter. Der SDS, die führende Studentenorganisation, konnte die Situation nicht unter Kontrolle bringen.

Die Demonstrationen entstanden aus einer Wut und einer Verzweiflung heraus und waren weitgehend unkoordiniert und unvorbereitet. (. . .) Die Reaktion² der Studenten auf das Attentat war spontan und nicht organisiert.

Die radikalen Jugendlichen stiegen auf die Barrikaden, warfen Steine und Molotow-Cocktails, demolierten Springer-Lkws und versuchten das Gebäude zu stürmen. Je radikaler sie wurden, um so mehr Prügel bekamen sie. Der Staat verteidigte die Ordnung mit Knüppeln, Wasserwerfen und Tränengas. Die polizeiliche Reaktion war brutal und skandalös.³ Zwei Tote und zahlreiche Verletzte sowie hoher Sachschaden waren die Folgen der Osterunruhen. Das Wochenende wurde zum blutigen und verlorenen Wochenende.

¹ sh. Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945-1972. Die deutsche Frage in der Weltpolitik (Frankfurt: Ullstein, 1974), S. 109

² Spiegel-Gespräch mit den SDS-Vorsitzenden Karl Dietrich Wolff und Frank Wolff, in: Der Spiegel Nr. 17 (22 April 1968), S. 36

³ sh. Ebenda, S. 30-33 und Der Spiegel Nr. 18 (29 April 1968), S. 34-60

1.2.4 Vietnamkrieg und Studentenbewegung: Bonn macht mit!

Kein anderes Ereignis in den sechziger Jahren führte in gleicher Weise zur politischen und moralischen Empörung der deutschen Studenten wie der Vietnamkrieg.¹ Bombardierungen, versprühte chemische Kampfstoffe und wachsende Truppenzahlen der USA führten zu einem Schwund des Vertrauens in die kapitalistische Führungsmacht und zu einer Frage nach dem Unsinn des Imperialismus. Auch das Verhalten der politischen Führung Deutschlands hatte bei breiten Kreisen der Studentenschaft helle Empörung hervorgerufen. Die Bundesregierungen unterstützten die amerikanische Militärpolitik in Vietnam. Mit der Begründung, daß die USA den Völkermord in Vietnam, dessen Ausmaß sich von Monat zu Monat vergrößerte, ohne Mithilfe anderer zuverlässiger Partner nicht allein leisten konnten, machten die Studenten die Regierung in Bonn für diesen Völkermord mitverantwortlich. Die Weigerung, die Interventionspolitik der USA in Vietnam zu kritisieren und den Krieg zu verurteilen oder überhaupt über seine Rechtmäßigkeit zu diskutieren, führte bei den politisch engagierten Studenten zu Mißtrauen in die demokratische Aufrichtigkeit jener Repräsentanten und damit kam die Unbestrittenheit der demokratischen Grundlagen des ganzen Staatwesens ins Wanken.² Überall riefen mehrere Hochschulgruppen zur Protestbewegung auf. Auch Schriftsteller und fortschrittliche Intellektuelle unterzeichneten eine Erklärung gegen

¹Vgl. Gerhard Bauß, Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin, a.a.O. S. 167

²Ebenda, S. 186

den Vietnamkrieg. Am 22. Mai 1966 wurde der Kongreß "Vietnam-Analyse eines Exempels" vom SDS in der Frankfurter Universität durchgeführt, an dem über 2,000 Studenten, Professoren und Gewerkschafter teilnahmen. Im Zeitraum 1966-1968 fand die studentische Vietnamopposition in zahlreichen Städten statt; in Frankfurt, Berlin, Köln, Bochum, Hamburg, Marburg usw.

Auch in New York, Washington und in Städten Europas, in Stockholm, Kopenhagen und Amsterdam griffen die Studenten zu ähnlichen Aktionsformen: Vorträge, Flugblattverteilen, Teach-in, Sitzstreiks, vielfach auch Demonstrationen. Weltweite Aktivitäten entstanden und entwickelten sich dann zu einer internationalen Opposition gegen den Vietnamkrieg, die ihren Höhepunkt im April 1968 erreichte. Ende April 1968 wurde in vielen Staaten ein Welttag gegen den Vietnamkrieg begangen, an dem sich hunderttausende von Studenten demonstrierend und protestierend beteiligten.¹ Der Vietnamkrieg war das auslösende Zeichen der Empörung der Studentenrevolte gewesen.

1.2.5 Der Anti-Notstandskampf: Kein neues 1933!

Die Notstandsgesetze waren ein einziges politisches Thema, das in den Diskussionen und bei der Solidarisierung der demokratischen Kräfte aller Schichten eine große Rolle spielte. Anfang der sechziger Jahre waren Gegner der Notstandsgesetze die Gewerkschaften. Der Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) beschloss in Hannover

¹ sh. auch S. 4



1962 nach intensiver Diskussion die totale Ablehnung der Notstandsgesetze mit der Begründung, daß sie die politischen Grundrechte, besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften einschränkten. Außerdem hatte man noch Angst vor der Wiederkehr des Faschismus, den die deutsche Arbeiterbewegung in der Nazizeit erlebt hatte. Neben den Gewerkschaften protestierten Wissenschaftler und ein Teil der SPD-Abgeordneten gegen die Notstandsgesetze. Seit dem Frühjahr 1965 stießen breitere Teile der Studenten zur aktiven Notstandsopposition. Dies charakterisierte die Zusammenarbeit von Arbeiterklasse und Intelligenz, die es nie in der deutschen Geschichte auf so breiter Basis gegeben hatte. Nicht nur Studenten und ihre Organisationen, sondern auch Schüler, Schriftsteller, Professoren, Politiker, Pfarrer und Theologen sowie weitere Vertreter geistiger Berufe unterstützten den Anti-Notstandskampf. Besonders die Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 führte zu einer Mobilisierung der Notstandsgegner. Nach ihrer Ansicht probte der Westberliner Senat den Notstand. Sie betrachteten die Notstandsgesetze als "politisches Instrument" des Staates zur Unterdrückung und Beseitigung der oppositionellen Kräfte.¹ In den Jahren 1967-1968 ist die Anzahl der Notstandsgegner mehr und mehr gestiegen. Im Herbst 1967 wurde das "Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze" mit 50,000 Unterschriften veröffentlicht. Ein Monat nach dem Dutschke-Attentat erreichte die Notstandsopposition ihren Höhenpunkt. 60,000 bis 80,000 Demonstranten, darunter ca. 15,000

¹Vgl. Gerhard Bauß, Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin, a.a.O. S. 144

Studenten, nahmen an der Sternmarsch-Bewegung am 11. Mai 1968 in Bonn teil. In vielen Städten fanden in den Tagen vor der dritten Lesung Demonstrationen statt. Außer Vorlesungsstreiks und Institutsbesetzungen im universitären Bereich kam es vielerorts zu Warnstreiks in Betrieben. In manchen Städten demonstrierten die Arbeiter und forderten den Generalstreik der Gewerkschaften.¹ Der DGB-Bundesvorstand lehnte den Generalstreik als Mittel zur Verhinderung der Notstandsgesetze ab. Diese Entscheidung zerstörte die Kampfbereitschaft der Arbeiter und brachte ihnen Verwirrung und Unsicherheit. Schließlich konnte die Opposition die Verabschiedung der Notstandsgesetze nicht verhindern. Positiv gesehen waren vor allem die Zusammenarbeit aller Schichten und die Erweiterung der demokratischen Kräfte die wichtigsten Ergebnisse der Anti-Notstandskämpfe.²

ศูนย์วิทยทรัพยากร
จุฬาลงกรณ์มหาวิทยาลัย

¹"De Zuch kütt", in: Der Spiegel Nr. 21 (20 Mai 1968), S. 28

²Vgl. Gerhard Bauß, Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin, a.a.O. S. 166

1.3 Das Scheitern der deutschen Studentenbewegung 1969-1972

Nach den sogenannten Osterunruhen 1968 hatten bei breiten Kreisen der Bevölkerung die Sympathien für die studentischen Proteste abgenommen. Denn es war zu "Gewalt gegen Personen", nicht "Gewalt gegen Sachen" wie vereinbart, gekommen. Das Ergebnis der Ostertage - zwei Tote in München - mußte der SDS ohne Zweifel mitverantworten. Da der Anteil der nicht-intellektuellen Jugendlichen, vor allem von Jungarbeitern und Lehrlingen, an der Anti-Springer Kampagne besonders hoch war, überschätzte der SDS ihre Kraft.

Der SDS ist jetzt soweit, daß er die Eskalation von der Hochschule in die Betriebe zu bringen vermag - und zwar organisatorisch. Hier ist ein qualitativer Unterschied zur Vergangenheit. Der SDS ist nicht mehr bloß Studentenverband, sondern auch eine politische Gruppierung, die in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu wirken vermag.

Voll von revolutionärem Optimismus gründeten junge APO-Leute in fast allen Instituten "Basisgruppen". Die Studenten wollten jetzt den Kontakt zum Proletariat herstellen, also "die Transformation der antiautoritären Bewegung in eine proletarische Bewegung".² Sie gingen in die Betriebe, um die Arbeiter zu aktivieren und organisieren. Die studentischen Organisationen zersplitterten sich in viele verschiedene marxistische Gruppen und Sekten. Mit den Basisgruppen war die antiautoritäre Bewegung untergegangen. Der SDS konnte die einheitliche Bewegung der Linken nicht mehr halten. Die Bemühungen, "kritisches Bewußtsein" in

¹"Ohne uns wäre es viel schlimmer gekommen", in: Der Spiegel Nr. 17 (22 April 1968), S. 43

²sh. auch: Klaus Hartung, "Versuch, die Krise der antiautoritären Bewegung wieder zur Sprache zu bringen", in: Kursbuch 48 (Juni, 1977), S. 34

Betriebe zu tragen, war gescheitert. Die Arbeiter sahen den Auftritt der Studenten in den Betrieben skeptisch und mißtrauisch, weil die Neuen mehr diskutieren als ihre Arbeit machen wollten. Das Reden über Sozialismus vertiefte die Kluft zwischen Arbeitern und Studenten. Die Reaktion war: "Geh nach drüben". Auch der Unterschied im Sprachgebrauch machte es schwerer, das Gefühl der Gemeinsamkeit zu erzeugen. Viele Basisgruppen lösten sich auf und viele wurden neu gegründet. Zu dieser Zeit gab es noch den SDS als Organisation, aber politisch wurde er von den zahllosen sozialistischen Gruppierungen überwuchert.

1969 zerfiel der SDS bundesweit. Die einheitliche massenhafte Bewegung der Linken fand ihre endgültige Spaltung. Im Zeitraum 1969-1972 änderte sich die politische Szene abrupt. Die Demonstrationen lösten sich von diesem Zeitpunkt an auf. Es gab kein politisches Thema mehr, das ein Handlungsanlaß geworden war. Die Notstandsgesetze traten jetzt in Kraft, der Krieg in Vietnam ging bald zu Ende und die neue Phase der Entspannungspolitik begann. Die politisch bewußten Studenten suchten jetzt eine neue Organisation für den "langen Haß", nicht die "kurze Wut". Der Aufbau einer starken und gut organisierten Partei unter Führung des Proletariats erschien ihnen notwendig. Es waren die Arbeiter, die die Revolution leiten konnten, nicht die Studenten. Die KPD/Ao¹ (später KPD) und mit ihr die marxistisch-leninistischen Parteien entstanden. Die Teilnahme an den neuen marxistisch-leninistischen Parteien

¹ Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation ist die 26. Mao-Partei der Erde, die sich gegen Imperialismus und Sowjet-Revisionismus richtet.

war nur einer*Brüche linker Aktivisten. Andere schlossen sich der
 der
 DKP¹ an, die schon Ende des Jahres 1968 gegründet wurde. Andere wendeten
 sich an die Sozialdemokratie und die von Willy Brandt angekündigte
 Politik des Reformismus nach der Übernahme der Regierung durch die
 sozial-liberale Koalition im Oktober 1969. Die Träger der "revolutionären
 Ungeduld" beteiligten sich an den terroristischen Organisationen wie
 "Baader-Meinhofer-Gruppe", "Bewegung 2. Juni" usw. Nach der Zersplitterung
 der Protestbewegung begann ein "roll back" des Staates gegen die Linken
 in den siebziger Jahren. Es gab verschärfte Zensurbestimmungen. Außerdem
 ließ der Staat 1972 die erarbeiteten Grundsätze zur Frage der verfassungs-
 feindlichen Kräfte in öffentlichen Dienst (den sogenannten Radikalen-
 erlaß) in Kraft treten. Alle Bewerber für den öffentlichen Dienst müssen
 zuerst politisch überprüft werden; es muß gewährleistet sein, daß sie
 "jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung" eintreten
 und daß sie "verfassungstreu" sind.² Die Radikalengesetzgebung und mit
 ihr die Berufsverbote waren den Linken immer als "Gegenschlag" des
 Staates erschienen. Sie konnten keine starke Position gegenüber der
 herrschenden Gesellschaftsordnung mehr aufrechterhalten und auch keine
 große Rolle in der Politik mehr spielen.

¹ Deutsche Kommunistische Partei. Ihre Politik orientiert sich
 am Ostblock-Kommunismus, also an Moskau.

² Die Gesinnungsprüfung wurde auch zum literarischen Thema: z.B.
 in der Satire Heinrich Bölls "Berichte zur Gesinnungslage der Nation"
 (1975), in Peter Schneiders semi-dokumentarischer Erzählung " ... schon
 bist du ein Verfassungsfeind. Das unerwartete Anschwellen der Personalakte
 des Lehrers Kleff" (1975).